

■ **Berufsgenossenschaften**

Konjunkturflaute und Beitragserhöhung?

Betriebsinhaber haben es heutzutage nicht leicht. Das Auftragsvolumen sinkt, der Preiskampf bringt viele Unternehmen an den Rand des Ruins und trotzdem steigen beispielsweise die Beiträge zur Berufsgenossenschaft. Dies ruft Unverständnis hervor und führt zu Beschwerden. So geschehen auf verschiedenen Veranstaltungen der Berufsorganisationen. Wir wandten uns daher an die Bau-Berufsgenossenschaft Bayern und Sachsen* mit der Bitte um eine entsprechende Erklärung. Aus München erhielten wir die folgende Antwort.

„Die BauBG ist ständig in Kontakt mit ihren Mitgliedsunternehmen. Nicht nur durch die Selbstverwaltung, sondern z. B. auch durch Technische Aufsichtsbeamte, den Technischen Beratungsdienst und Betriebsärzte. Dabei wird sie stets auf die Probleme der Unternehmer und der versicherten Mitarbeiter aufmerksam gemacht und die Verwaltung kann so praxisgerecht wie möglich Entscheidungen treffen. Manches allerdings läßt sich trotz großem Verständnis für die Mitgliedsunternehmen nicht ändern. Dafür gibt es praktische, finanzielle, oft aber auch rein rechtliche Gründe.

Neben der Prävention ist eine der wichtigsten Aufgaben der BauBG, nach einem Arbeitsunfall oder bei einer Berufskrankheit dafür zu sorgen, daß dem Kranken und seiner Familie möglichst schnell und umfassend geholfen wird. Das heißt, man versucht mit allen geeigneten Mitteln, seine Arbeitsfähigkeit wiederherzustellen. Manchmal

ist danach eine Umschulung nötig, damit der Verunglückte wieder arbeiten kann; auch diese Kosten trägt die BauBG. Darüber hinaus zahlt sie Renten

- dem Betroffenen, wenn durch den Unfall oder die Berufskrankheit eine Minderung der Erwerbsfähigkeit entsteht.

- der Familie, nach einem tödlichen Unfall des Versicherten. Dies sind fixe Kosten, die nicht runtergefahren werden können, auch wenn es der Bauwirtschaft schlechter geht. Dazu kommt, daß im Moment weniger Beitragszahler die gleichen Leistungen erwirtschaften müssen als in Jahren der Hochkonjunktur; das bedeutet, daß die Beiträge steigen müssen.

Die einzige Möglichkeit, die Kosten für Leistungen in der Zukunft zu senken, ist eine konsequente Vorsorge, Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten auf ein Minimum zu reduzieren. Alle Möglichkeiten, die übrigen Kosten und damit den Beitragssatz zu senken, werden von der BauBG eingehend geprüft. So sind zum Beispiel die Kosten für den Arbeitsmedizinischen Dienst 1996 um 2,7 Prozent auf 20,3 Millionen verringert worden. Außerdem wurde der BG-Beitrag aus Rücklagen gestützt. Auch hat die BauBG von ihrer Aufsichtsbehörde die Genehmigung erhalten, daß 1996 keine weiteren Rücklagen gebildet werden.

Bei den Verwaltungskosten wurde ebenfalls nach Sparmöglichkeiten gesucht, sie sind 1996 immerhin nicht gestiegen.

Insgesamt belief sich das Umlagesoll, also die Summe aller Kosten der BauBG Bayern und Sachsen, für 1996 auf 654 Millionen Mark, das waren sieben Millionen Mark weniger als im Jahr davor. Doch, wenn auch die BauBG den gesamten Haushalt nach Sparmöglichkeiten durchforstet, Leistungen sind gesetzlich vorgeschrieben.“

Sie sehen also, lieber Leser, daß die Beitragserhöhung seine guten Gründe hat. Als Handwerksunternehmer sollten Sie auf jeden Fall Ihre Mitarbeiter aufklären und sie auffordern, noch

sorgfältiger als sonst auf ihre Arbeitssicherheit zu achten. Denn nur durch weniger Unfälle und arbeitsbedingte Erkrankungen lassen sich Beitragserhöhungen vermeiden.

■ **SHK Berlin '97** **Zeit der Geschäfte vorbei?**

Nachdem nun die diesjährige SHK-Messe in Berlin aus dem Terminkalender gestrichen werden konnte, macht sich so mancher seine Gedanken über die Hintergründe. So auch der ehemalige Landesinnungsmeister von Thüringen Manfred Poetzschner. Er schickte uns die folgenden Zeilen, die zum Nachdenken anregen.

„Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.“ Unter diesem Gesichtspunkt sehen die SHK-Handwerker der neuen Bundesländer den Ausfall der SHK Messe Berlin '97, die aus Mangel an Beteiligung der Industrie und aus Kostengründen abgesagt wurde.

Denken wir zurück an das Jahr 1990: Keinen Tag war die Währungsunion alt und die Industrie der alten Bundesländer hatte einen riesigen Absatzmarkt gefunden. Für uns Handwerker, welche bis dahin nur mit Materialschwierigkeiten zu tun hatten, eröffnete sich fast ein Schlaraffenland. Ein Vertreter gab dem anderen die Türkinke in die Hand. Oft seriös, aber genauso oft unseriös, wurden wir regelrecht überfallen.

Mit Seminaren, Produktschulungen, Werksbesichtigungen – einschließlich gesellschaftlicher Veranstaltungen – warb die Industrie für Ihre Produkte und natürlich auch um den Kunden. Die Modernisierung der Heizungsanlagen und die Umstellung von Stadt- oder Ferngas auf Erdgas bescherte der Industrie einen Umsatz, von dem sie in den letzten Jahren nur träumen konnte.

Durch die Modernisierung von Wohnungen hat auch die Sanitärindustrie ein gerüttelt Maß an Umsatz getätigt.

Ein Bindeglied zwischen den Handwerksmeistern und der Industrie waren und sind die SHK-Fachverbände der einzelnen Bundesländer.

Der Fachverband ist für seine Mitgliedsinnungen und Betriebe eine wichtige Berufsorganisation. Denn er übermittelt Informationen, führt Schulungen durch, handelt Tarifverträge aus und übernimmt viele weitere Aufgaben für die Mitgliedsbetriebe. Ein Fachverband kann logischerweise nicht nur von den Beiträgen seiner Mitglieder leben, da ein großer Teil davon auch an den Zentralverband abgeführt werden muß.

Der, wie schon erwähnt, große Marktanteil in den neuen Bundesländern ergab die Notwendigkeit, auch für unsere SHK-Handwerker und Kunden eine Messe zu veranstalten. Als Standort wurde Berlin festgelegt.

Schon 1991 war es soweit und die sechs Fachverbände der neuen Bundesländer wurden Träger der SHK Berlin. Auch 1993 und 1995 fand die SHK Berlin statt und die Besucherzahlen stiegen an.

Da wir als Handwerker „unserre“ Messe besuchen und sie mit Leben erfüllen, läuft logischerweise ein Teil des Messegewinnes an den Fachverband zurück. Und diese Einnahme ist für den Verband lebenswichtig.

Nun kam plötzlich das Aus der Berliner SHK-Messe durch die Industrie. Klar: Die Konjunktur im Osten Deutschlands ist vorbei; dort ist es nicht mehr interessant, dort gibt es nichts mehr zu holen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan; er wird nicht mehr gebraucht. Jetzt kann man weiterziehen – weiter nach Osten.

Sollte es angesichts dieser Tatsache für uns Handwerker nicht auch überlegenswert sein, in anderen Regionen einzukaufen? Es wäre ausgleichende Gerechtigkeit.

Ihr Ehren-LIM Thüringen
Manfred Poetzschner

* Bau-Berufsgenossenschaft Bayern und Sachsen, 80267 München, Faxnummer (0 89) 12 17 95 55